



Foto: Alf Berg

Plan fragt: Günter Nooke, G8-Afrika-Bbeauftragter der Bundeskanzlerin



Plan:

Das Recht auf einen Namen und eine Identität wird auch als das erste Recht eines jeden Kindes betrachtet, das ihm später erlaubt, seine Bürgerrechte wahrzunehmen. Wie erklären Sie sich, dass dieses Recht im Bewusstsein vieler Staaten und Menschen wenig präsent ist?

Günter Nooke:

Die Schwäche afrikanischer Verwaltungen ist eine Seite. Zu verstehen, dass nur ein Mensch, der registriert ist, „juristisch existiert“ und seine Rechte einfordern kann, eine andere. Der Aufbau und die Pflege von Geburtenregistern sind schwierig, die lokalen Verwaltungen müssen funktionieren. Viele Menschen in Afrika stellen sich aber auch folgende Fragen: Warum sollte ich auf dem Amt für eine Registrierung etwas zahlen, den Weg dorthin auf mich nehmen, wenn mir der Nutzen schleierhaft bleibt. Vielleicht geht in einigen Ländern eine Registrierung sogar mit Diskriminierungen einher?

Ich kann mir auch vorstellen, dass einige Regierungen gar nicht wissen wollen, wie viele Menschen als Randgruppen, Flüchtlinge, Menschen mit Behinderung und Waisen im Land leben. Denn davon hängen natürlich auch Rechte ab, wie der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und der Schutz des Einzelnen vor Gewalt. Die flächendeckende Registrierung kostet den Staat also nicht nur viel Arbeit, sondern auch viel Geld.

Plan:

Sie haben in einem Spiegel-Interview einmal gesagt, eine Abstufung von Menschenrechten sei notwendig, obwohl alle wichtig seien. Wo würden Sie das Recht eines Kindes auf offizielle Identität einstufen?

Günter Nooke :

Wir müssen zwischen Identität und Registrierung unterscheiden. Mir geht es erst einmal um die Möglichkeit, seine Menschenrechte einklagen zu können. Eine Voraussetzung dafür ist, dass es mich als Rechtsperson gegenüber dem Staat überhaupt gibt. Wenn es mich nicht gibt, läuft eine Resolution gegen das „Verschwindenlassen“ ins Leere, denn ich war ja vorher auch nicht da – um es ganz platt zu sagen. Der Adressat für den Schutz der Menschenrechte ist der Staat und der muss

seine Bürger kennen. Der Einzelne muss das selbst wollen und es muss ihm auch ermöglicht werden. Also ist Registrierung Voraussetzung, damit der Staat seine Schutzverantwortung aktiv wahrnehmen kann. Wenn aber der Staat selbst elementare Menschenrechte verletzt, kann Registrierung gefährlicher sein als Anonymität.

Identität ist für mich etwas anderes. Da geht es z. B. auch um das Recht eines jeden Menschen zu wissen, wer seine leiblichen Eltern sind. In diesem Sinne hat sich gerade ein Deutsches Gericht geäußert, was ich für richtig halte.

Generell hat für mich der Schutz elementarer Menschenrechte und die Implementierung von Mindeststandards Vorrang gegenüber der Erweiterung des inhaltlichen Katalogs der Menschenrechte. Vielleicht sollten die Kommunikationsfreiheitsrechte und dass jeder Mensch ein Rechtssubjekt ist, hervorgehoben werden. Soziale Rechte sind deshalb nicht unwichtig: Wer will schon auf dem Weg zur Wahlurne verhungern. Ganz allgemein halte ich den Satz für wichtig und richtig: Menschenrechte regeln das würdige, nicht das gute Leben.

Plan:

Jährlich werden 51 Mio. Neugeborene nicht registriert. Die meisten von ihnen leben in Afrika südlich der Sahara und in Südasien. Welche Bedeutung hat dieser Umstand für Ihre Arbeit als Afrikabeauftragter und welche Schritte sind Ihrer Ansicht nach nötig, um diesen Missstand aufzuheben?

Günter Nooke:

Wenn die EU in vielen Ländern Afrikas immer wieder die Wählerregistrierung finanziert, dann sollte das mit der Forderung an die Regierung zum Aufbau eines Personenstandsregisters verbunden werden. Das wäre auch ein Beitrag, um zu verhindern, dass Wählerlisten gefälscht werden. Langfristig spart das allen auch Geld.

Positive Synergien bestehen, wenn z. B. Impf- und Registrierungskampagnen verbunden werden, um die Bevölkerung gezielt über den Nutzen zu informieren. Die Akzeptanz der Registrierung wächst mit einer Kostenbefreiung der Bevölkerung, die technischen Möglichkeiten sind mit neuen Informationstechnologien, bspw. Bilderkennungsverfahren und Laptops mit Solarstrom, gewachsen. Um die personellen wie technologischen Ressourcen für ein dezentrales Registrierungssystem aber zentral verfügbares Geburtenregister aufzubauen, braucht es Gesetzesreformen und Geld im Haushalt, um diese auch zu implementieren.